

Europa unter Trump

von Benoît Bréville

Der Antiamerikanismus – gestern noch als linke Spinnerei geschmäht – ist wieder en vogue. Selbst die *New York Times*, die bis dato alle US-Invasionen unterstützt hatte, bezeichnete die USA unter Trump als „imperiale Macht, die versucht, sich das Territorium einer anderen Nation anzueignen“.

Als Schlüssel zum Verständnis der internationalen Unordnung wird immer wieder auf die neue „Donroe-Doktrin“ verwiesen. Im Fall Venezuela wurde sie ganz offen von Trumps Vizestabschef Stephen Miller formuliert, der die Militäroperation vom 3. Januar wie folgt begründete: „Es wäre absurd, zuzulassen, dass ein Land in unserem eigenen Hinterhof Rohstoffe an unsere Gegner liefert, aber nicht an uns.“ (CNN, 5. Januar 2026)

Laut der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie sehen sich die USA nicht mehr als Garant einer universellen internationalen Ordnung, vielmehr wollen sie sich künftig auf ihre Hemisphäre – den amerikanischen Kontinent – konzentrieren. Dann aber ist erklärungsbedürftig, warum Trump als Friedensstifter in Gaza posiert, mit einer militärischen Intervention in Iran droht und Luftangriffe gegen dschihadistische Gruppen in Nigeria und Syrien anordnet. Oder, warum er eine Erhöhung des US-Militärbudgets um 50 Prozent auf 1,5 Billionen Dollar fordert beziehungsweise den Verkauf von Waffen im Rekordwert von 11 Milliarden US-Dollar an Taiwan genehmigt.

Die kritischen Trump-Interpreten sind sich uneins, ob dies die spontanen Beschlüsse eines unberechenbaren Narzissten sind oder ob eine rationale Gesamtstrategie dahintersteckt.¹ Laut dem Ex-Diplomaten und Historiker A. Wess Mitchell verfolgt Trump eine Politik der „Konsolidierung“, wie sie Großmächte schon immer praktiziert haben, um ihre Macht zu festigen und auszubauen.² John Mearsheimer sieht bei Trump die Absicht, die nach 1945 entstandene regelbasierte internationale Ordnung auszuhebeln, weil sie für die USA nur nachteilig sei. Er betreibt also die Rückkehr zu einem Kolonialismus, wie er im 19. Jahrhundert geherrscht habe.³

Die Trump-Anhänger dagegen jubeln, dass „Amerika wieder die einzige Supermacht“ sei, wie etwa Arthur Herman am 14. Januar im *Wall Street Journal* schrieb. Dasselbe behauptet die Kriegspsychologin und Veteranin Meaghan Mobbs, für die Trump beweist, dass allein die USA gewillt und fähig seien, „Entwicklungen zu prägen“.⁴

Im Gegensatz dazu sieht der französische Wirtschaftshistoriker Arnaud Orain in Trumps Aktivismus den „Schwanengesang kurz vor der Implosion“.⁵ Freilich wurde diese Prognose vom angebliche Niedergang der USA seit dem Zweiten Weltkrieg schon des Öfteren verbreitet. Beim Beitritt der UdSSR in den Klub der Nuklearmächte (1949), beim ersten „Spunrik“-Satelliten (1957), beim Ende der Konvertibilität des Dollars in Gold (1971), bei der Tet-Offensive im Vietnamkrieg (1968) – stets riefen renommierte Wissenschaftler das „Ende der amerikanischen Vorherrschaft“ aus.

Der letzte Schwanengesang ertönte 2008 angesichts der globalen Finanzmarktkrise. Während in den westlichen Ländern Finanzinstitute zusammenbrachen, begannen Schwellenländer, diese von einem einzigen Machtblock organisierte Weltordnung infrage zu stellen. Die Brics-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) veranstalteten ihre ersten Gipfeltreffen, die Weltpolitik schien der Kontrolle der USA zu entgleiten, passiv sah man dem Sturz befreundeter Diktaturen während des Arabischen Frühlings 2011 zu.

Zwischen 1999 und 2024 stieg der Anteil des chinesischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) am globalen BIP von 3 auf 17 Prozent. Heute dominiert China die weltweite Forschung in 57 von 64 als „kritisch“ eingestuftes Technologien.⁶ China ist der wichtigste Partner vieler Schwellenländer, häufig anstelle der USA.

In den Vereinten Nationen sah sich Washington immer häufiger isoliert. Zwischen 1991 und 2020 stellte sich bei 1301 von 1513 Resolutionen eine Mehrheit der Staaten gegen die USA und an die Seite Russlands oder Chinas.⁷ Selbst benachbarte oder traditionell befreundete Länder gehen häufiger auf Abstand.

Und doch dreht sich die Welt wie seit 250 Jahren weiter um dieselbe Achse. Die USA bestimmen wie eh und je die globale Agenda, indem sie befreundete Regierungen fördern, Gegner stürzen und sich durch Einschüchterung, Erpressung oder Gewalt die Rohstoffe anderer Länder aneignen. Zwischen 1776 und 2019 waren die Vereinigten Staaten an 392 Militärinterventionen im Ausland beteiligt, seit 1945 waren es mehr als 200, davon 114 seit Ende des Kalten Kriegs.⁸ Im Zeitraum 1946 bis 2000 nahmen sie aktiven Einfluss auf Wahlen in 81 Ländern, der anderswo als Einmischung bezeichnet wird.⁹

Der US-Imperialismus ist alt, aber noch nie hat er sich so unverhüllt gezeigt wie heute. Trump verschleierte die Angriffe auf andere Länder nicht wie seine Vorgänger mit Predigten über universale Werte, er kündigt sie offen in seinen sozialen Netzwerken an. Die Monroe-Doktrin gab vor, Lateinamerika vor dem europäischen Kolonialismus zu schützen; die Containmentpolitik im Kalten Krieg zielte offiziell darauf ab, die „freie Welt“ vor der Ausbreitung des sowjetischen Totalitarismus zu schützen; die Regime-Change-Operationen in den 2000er Jahren wurden als Demokratieexport dargestellt (siehe den Beitrag von Gilbert Achcar auf Seite 16 f.). Trump hingegen nimmt sich, was er will, ob Öl, andere wichtige Rohstoffe oder Geld.

Moralische Empörung ist noch keine politische Macht

Warum auch nicht? Der US-Präsident weiß, dass sein Land Immunität genießt dank wirtschaftlicher und militärischer Macht. Wann immer die USA das Völkerrecht mit Füßen treten, schauen alle weg, um sich Washington nicht zum Feind zu machen. Russland fürchtet, dass die USA sich stärker militärisch in der Ukraine engagieren, die EU wiederum fürchtet, dass sie sich zurückziehen. Indien und Brasilien fürchten Zollsanktionen. China mischt sich in die Angelegenheiten anderer Länder nicht ein, solange seine Interessen nicht bedroht sind. Und für die Rolle des Weltpolizisten hat Peking derzeit weder den Willen noch die militärischen Mittel.

Heute stößt die US-Hegemonie auf keinerlei Widerstand. Das ganze 20. Jahrhundert hindurch konnten die internationale Gewerkschaftsbewegung, linke Parteien, Befreiungsbewegungen und die blockfreien Staaten eine solidarische Front gegen den US-Imperialismus organisieren. Doch mittlerweile kämpft die Linke auf allen Kontinenten um ihr politisches Überleben.

Auch die Brics-Staaten bilden kein Gegengewicht, denn sie haben unterschiedliche Interessen, wobei jeder vornehmlich die eigene Position in der globalen Wirtschaft absichern will. Also gibt es keine internationale gemeinsame Front, die in der Lage wäre, moralische Empörung in politische Macht umzusetzen. Trump kann nach Belieben und ungestraft neue Fakten schaffen.

Das ermutigt ihn, noch weiter zu gehen – vor allem gegenüber seinen „Verbündeten“ in Europa, deren Unterwürfigkeit er kennengelernt hat. Die US-Regierung kann weiterhin europäische Dienststellen und Staatschefs abhören (wie schon unter Obama), Rüstungsaufträge an europäische Unternehmen sabotieren (wie unter Biden) und mit kolossalen Geldstrafen drohen, damit sie sich an die US-Sanktionen gegen bestimmte Länder halten.

Die Abhängigkeiten der Europäer von den USA sind in vielen Bereichen – Militär, Handel, Energie, IT – viel zu groß, als dass sie es wagen könnten, US-Diplomaten auszuweisen, Zölle zu erhöhen, militärische Einrichtungen zu schließen, Einreiseverbote zu verhängen oder Sportereignisse zu boykottieren.

Die EU ist für Trump auch deshalb eine leichte Beute, weil sie international ein Leichtgewicht ist. Bei den meisten wichtigen Themen – von Gaza bis Venezuela und selbst bei den Ukraine-Verhandlungen – spielt sie nur eine Nebenrolle. Ihr Anteil am weltweiten BIP lag 2004 noch bei 31 Prozent, 20 Jahre später nur noch bei 17 Prozent. 2008 entsprach das BIP der Europäischen Union etwa 110 Prozent des BIP der USA (nach dem aktuellen Dollarpreis), heute dagegen nur noch 62 Prozent.

Trump unverhüllter Imperialismus legt schonungslos die Schwäche der Europäer bloß. Seit einem Jahr haben sie ihre Militärausgaben drastisch erhöht und den Einkauf von russischem Gas zugunsten von mehr LNG aus den USA reduziert. Sie haben ein Handelsabkommen akzeptiert, das nur EU-Exporte in die USA mit Zöllen belegt, nicht aber US-Exporte in die EU. Dennoch sprach Kommissionspräsidentin von der Leyen von einem „guten Abkommen, das Stabilität bringen wird“.

Diese Haltung erregte in China nichts als Spott, etwa in der englischsprachigen Parteizeitung der KPC: „Europa beugt sich den USA immer wieder, sogar entgegen seinen eigenen Interessen, erntet damit aber weder Respekt noch Gegenleistungen, sondern noch mehr Verachtung und Ausbeutung.“¹⁰

Als Antwort fordern die EU-Fans wie immer eine stärkere Union, die sich nur geeint gegen Trumps Forderungen stellen könne. So begeistert sich Thierry Breton, ehemals EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, für „ein Europa der Verteidigung, ein Europa der Energie, der Kapitalmärkte und der Eurobonds, ein Europa der Gesundheit und der Ernährungssouveränität, ein Europa der Digitalisierung und der Rückeroberung von Schlüsseltechnologien“.¹¹

Aber da gibt es ein Problem: Die USA wussten von Anfang zu verhindern, dass die EU zu einer unabhängigen Macht wird. So entschärfte sie bereits den *Llysée-Vertrag* von 1963, in dem Charles de Gaulle das Instrument einer deutsch-französischen Annäherung sah, die zur Keimzelle eines unabhängigen Europas werden sollte. Aber dann versah der deutsche Bundestag auf Druck Washingtons den Vertragstext mit einer Präambel, in der die Bedeutung der Beziehungen zu den USA, zu Großbritannien und zur Nato unterstrichen wurde.

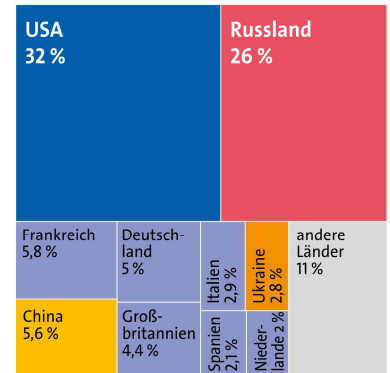
Die USA unterstützten auch die EU-Erweiterung – in der Gewissheit, dass eine vergrößerte Union nicht mehr mit einer Stimme würde sprechen können. Nach der EU-Ostererweiterung von 2004 frohlockte Elizabeth Jones, die damals im US-Außenministerium für europäische Angelegenheiten zuständig war, damit sei ein „langjähriges politisches Ziel der USA“ verwirklicht. Und ihr Kollege Nicholas Burns forderte die EU zu neuen Erweiterungsrunden auf, die „unseren Interessen entsprechen“.¹²

Selbst wenn Grönland noch einmal davorkommt, werden die europäischen Staats- und Regierungschefs das Momentum kaum nutzen, um größeren Widerstand gegen Trump zu organisieren. Auch Emmanuel Macron, der ungewöhnlich heftig reagiert, als es um die Verteidigung Dänemarks und Grönlands ging, äußert sich eher zahnlos, sobald andere Länder unter Druck geraten.

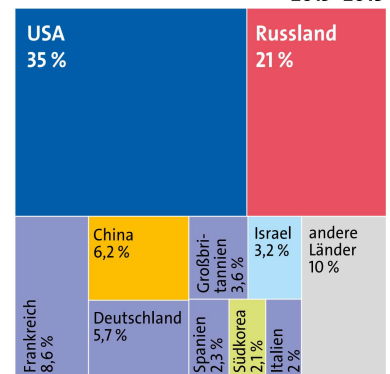
Am 20. Januar schrieb der französische Präsident dem Kollegen Trump: „Was Syrien betrifft, stimmen wir vollkommen mit Ihnen überein. In Bezug auf Iran können wir viel bewegen.“ Nur verstehe er nicht, „was Sie in Grönland tun“. Das liest sich wie die Zusage: Alles ist erlaubt – Krieg, Einmischung, Destabilisierung –, solange keine Wolken den europäischen Himmel verdunkeln.

Woher die meisten Waffen kommen Anteil am weltweiten Waffenexport

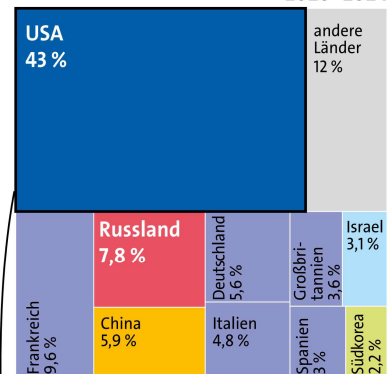
2010–2014



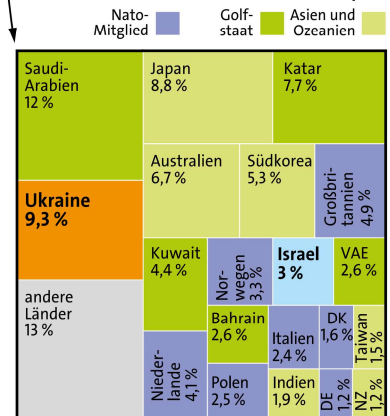
2015–2019



2020–2024



Hauptabnehmer der US-Waffenexporte 2020–2024, Anteil am Gesamtexport



¹ Siehe „The National Security Strategy is less a strategy than a mood board“, *The Washington Post*, 5. Dezember 2025.
² A. Wess Mitchell, „The Grand Strategy Behind Trump’s Foreign Policy“, *Foreign Policy*, 14. Januar 2026.
³ Interview mit John Mearsheimer in der *South China Morning Post*, Hongkong, 19. Januar 2026.
⁴ Meaghan Mobbs, „The U.S. is the Sole Superpower“, 19. Januar 2026, www.realcleardefense.com
⁵ Siehe Arnaud Orain in *Le Monde*, 15. Januar 2026.
⁶ Zitiert aus *Le Grand Continent*, 2. September 2024
⁷ Dmityr Nurillayev und Mihaela Popa, „Bloc Politics at the UN: How Other States Balance When the United States and China–Russia Disagree“, *Global Studies Quarterly*, Bd. 3, Nr. 3, Oxford, Juli 2023.
⁸ Siehe Monica Duffy Toft und Sidda Kushi, *Dying by the Sword: The Militarization of US Foreign Policy*, Oxford University Press, 2023.
⁹ Dov Levin, „Meddling in the Ballot Box: The Causes and Effects of Parisian Electoral Interventions“, Oxford University Press, 2020.
¹⁰ „Double standards are backing on Europe“, *Global Times*, Editorial, 19. Januar 2026.
¹¹ „Resister à l’ère de la radicalité: pour une union sacrée européenne“, Gastbeitrag von Thierry Breton in *Le Grand Continent*, 21. Januar 2026.
¹² Zitiert aus Yuri Devoust, „American Attitudes on European Political Integration – The Nixon-Kissinger Legacy“, Institut für Europafragen, IES Working Papers, Nr. 2, Brüssel 2007.
Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Benoît Bréville ist Direktor von *LMD*, Paris.

CÉCILE MARIN

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (Sipri), Arms Transfers Database, 2025.